Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 67	S0198/23	04.05.2023
zum/zur		
F0094/23 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz		
Bezeichnung		
Nachfrage zu S0058/23 „Alte Elbe wieder nutzbar machen,“		
Verteiler	Tag	
Die Oberbürgermeisterin	16.05.2023	

In der Sitzung des Stadtrates am 16.03.2023 wurde die Anfrage F0094/23 gestellt.

Die Stadtverwaltung nimmt wie folgt Stellung:

1. Das Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) definiert in § 1 (Binnenwasserstraßen) wie folgt:
Zitat:

„(1) Bundeswasserstraßen nach diesem Gesetz sind

1. die Binnenwasserstraßen des Bundes, die dem Verkehr mit Güter- und Fahrgastschiffen oder der Sport- und Freizeitschifffahrt mit Wasserfahrzeugen dienen; als solche gelten die in der Anlage 1 aufgeführten Wasserstraßen, dazu gehören auch alle Gewässerteile,

a) die mit der Bundeswasserstraße in ihrem Erscheinungsbild als natürliche Einheit anzusehen sind,

b) die mit der Bundeswasserstraße durch einen Wasserzufluss oder Wasserabfluss in Verbindung stehen und

c) die im Eigentum des Bundes stehen.....“

Gemäß § 8 (1) WaStrG wird die Unterhaltung wie folgt definiert:

„Die Unterhaltung der Binnenwasserstraßen (§ 1 Abs. 1 Nr. 1) umfasst die Erhaltung eines ordnungsgemäßen Zustandes für den Wasserabfluss und die Erhaltung der Schiffbarkeit...“

Treffen die Aussagen des § 1 Bundeswasserstraßengesetzes (WaStrG) § 1 nach Rechtsauffassung der Landeshauptstadt Magdeburg, auf den Bereich der Alten Elbe zu, also ist die Alte Elbe eine Wasserstraße, die für Sport- und Freizeitschifffahrt mit Wasserfahrzeugen dient? Wenn ja, warum wird die Bundesbehörde von der Landeshauptstadt Magdeburg nicht darauf hingewiesen und um Umsetzung des Gesetzes, wie in § 8 Abs.1 WaStrG angegeben, eingefordert?

Nach Lesart des Gesetzestextes kann man durchaus den Teil der Alten Elbe vor dem Cracauer Wehr zu einem Teil der Bundeswasserstraße mit Nutzung der Sportschifffahrt zählen, zumal ansässige Wassersportvereine diesen Bereich nutzen. Die vorliegende Stellungnahme konkretisierend bleibt festzustellen, dass sehr wohl diesbezüglich Kontakt seitens der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt besteht. Die juristische Einordnung durch die Bundesbehörde – hier die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) – des zur Rede stehenden Bereichs im Kontext der Gesetzesänderung ist noch nicht erfolgt, jedoch vom WSA angestrebt. Danach sind Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Land – hier Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft LSA (LHW) – zu benennen und umsetzbar.

2. Ist/war der Landeshauptstadt Magdeburg dieses Gesetz bzw. die 2021 erfolgte Gesetzesänderung nicht bekannt, oder warum liest man in der Stellungnahme davon kein Wort?

Laut Artikel 87 und 89 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist für die hoheitliche Verwaltung der Bundeswasserstraßen als Verkehrswege und Umsetzung des Bundeswasserstraßengesetzes die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zuständig, nicht die Landeshauptstadt Magdeburg.

3. Wurde seitens der Landeshauptstadt Magdeburg eine rechtliche Prüfung zu den Aussagen des Wasser- und Schifffahrtsamtes vorgenommen? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Hierzu wird auf den Punkt 1 verwiesen. Die Aussagen des Wasser- und Schifffahrtsamts zu den noch ausstehenden juristischen Prüfungen in Umsetzung der Gesetzesänderung sind plausibel. Wenn diese Prüfungen vorliegen, können diese juristisch innerhalb der Landeshauptstadt untersucht werden.

4. Der Kanu-Klub-Börde Magdeburg e. V. besitzt eine unbefristete Strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe, um in eigener Verantwortung (nach Anzeige beim WSA Elbe und nach Zustimmung des Umweltamtes Magdeburg) mit einem Bagger Sedimente in definierten Bereichen der Alten Elbe oberhalb des Cracauer Wehres nach konkreten Vorgaben im Flussbett so umzulagern, dass eine Befahrung mit den Sportbooten möglich ist. Dafür wurden spezielle Wasserflächen vom Verein gepachtet. Zudem hat der Verein in den letzten Jahren die Kosten für die Baggerarbeiten (bis zu 5.000 Euro/ Jahr) selbst getragen, damit die Kinder- und Jugendarbeit fortgeführt werden kann.

Diese Information nimmt die Landeshauptstadt zur Kenntnis.

5. Ist es richtig, dass seit 2022 vor Umlagerung des Sedimentes ein Gutachten vom Verein über das Vorkommen eines Vogels Auswirkungen von Baggerarbeiten auf Brutvögel im betreffenden Bereich der Alten Elbe erstellt werden muss? Wurden die Kosten (ca. 600 Euro) für dieses Gutachten in den vergangenen Jahren von der Landeshauptstadt Magdeburg getragen? Wenn ja, für welche Jahre?

In der Tat wurde seitens der Landeshauptstadt Magdeburg im Jahr 2022 erstmals gefordert, dass ein Ornithologe unmittelbar vor der Sedimententnahme die geplante Trasse auf das Vorhandensein von Gelegen des dort ansässigen Flussregenpfeifers untersucht.

Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde haben vor Ort mehrere Exemplare des Flussregenpfeifers gesichtet. Das Vorhandensein entsprechender Gelege konnte nicht ausgeschlossen werden.

Die Untere Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt Magdeburg, forderte daher die Untersuchung der Trasse, da ein Laie die unscheinbaren Gelege des Flussregenpfeifers nicht zuverlässig erkennen kann.

6. Aus welchem Grund müssen die Vereine nun für die Kosten dieses Gutachtens selbst aufkommen? Gab es gesetzliche Änderungen, die dies begründen? Wer trifft diese Entscheidung?

Der Fachdienst Umwelt, welcher Maßnahmen in der Alten Elbe nach den umweltrechtlichen Belangen (naturschutz- und wasserrechtlich) beurteilt, erteilt die erforderlichen Genehmigungen. Die Planungsleistungen und dazugehörigen Gutachten muss der Antragsteller selbst in Auftrag geben.

Artenschutzrechtliche Verstöße müssen vom Vorhabensträger vorrangig vermieden werden. Nachweise hierüber sind sowohl nach FFH-Verordnung, als auch nach Bundesnaturschutzgesetz durch den Vorhabenträger zu führen. Nach allgemeiner Rechtsauffassung sind die Kosten für diesen Nachweis auch vom Vorhabenträger zu tragen.

7. Ist dieses Gutachten weiterhin jährlich durch den Verein vorzulegen? Wenn ja, kann die Landeshauptstadt Magdeburg die Kosten dafür regelmäßig tragen?

Dies ist Abhängig von Art, Intervall und Zeitpunkt weiterer Arbeiten. Sollten in den folgenden Jahren Störungen durch vergleichbare Arbeiten nicht auszuschließen sein, so ist auch jeweils ein entsprechender Nachweis der Verträglichkeit anzufertigen. Die Kosten werden auch in Zukunft entsprechend vom Vorhabenträger zu tragen sein.

8. Gibt es für das zuständige Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe, auch als Rechtsnachfolger, Nebenbestimmungen zu den Genehmigungen, auch seit DDR-Zeiten, zu Umbauten, baulichen Veränderungen des Cracauer Wehres, die regeln, dass das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe, dauerhaft die Auswirkungen in der Alten Elbe durch das Cracauer Wehr und seiner mehrfachen baulichen Veränderungen, insbesondere im Hinblick auf Sedimentablagerungen oberhalb des Wehres, durch geeignete Maßnahmen verhindern muss? (Bitte die Nebenbestimmungen zu den Genehmigungen zu Umbauten des Cracauer Wehres der Stellungnahme beifügen.)

Dazu kann auf Grund fehlender Unterlagen innerhalb der Landeshauptstadt Magdeburg keine Aussage getroffen werden.

9. Schätzt die Landeshauptstadt Magdeburg ein, dass der Zustand der Alten Elbe sich seit der Vornahme baulicher Veränderungen am Cracauer Wehr gleichbleibend war, oder gab es zunehmend Sedimentablagerungen oberhalb des Wehres?

Da die Geschiebewardirtschaftung innerhalb der Elbe und der Alten Elbe von den Wasserständen abhängig ist, auch von der Anzahl und Intensität der Hochwasserereignisse, lassen sich markante Unterschiede nicht ausmachen. Messungen wurden seitens der Landeshauptstadt nicht durchgeführt. Der niedrige Wasserstand in der Elbe über die letzten Jahre hat sicherlich den Eindruck vermittelt, dass hier eine Zunahme des Geschiebes erfolgt ist. Das lässt sich jedoch ohne ein konkretes Messregime nicht bestätigen.

Rehbaum